

Der Präsident der Région Grand Est
Franck LEROY

An Frau Brigitte TORLOTING
Vizepräsidentin des Oberrheinrats
Rehfusplatz 11
D-77694 KEHL

Aktenbearbeitung durch:
Corinne BASTARD
Corinne.bastard@grandest.fr

Betreff: Stellungnahme zu den Resolutionen des Oberrheinrats vom 6. Juni 2025

Sehr geehrte Frau Vize-Präsidentin,

ich freue mich, Ihnen die Position der Region Grand Est zu den Resolutionen des Oberrheinrats mitzuteilen, die in seiner Plenarsitzung vom 6. Juni 2025 verabschiedet wurden und in den Zuständigkeitsbereich der Region fallen:

Klimaeinflüsse auf die Gesundheit im Oberrheingebiet

Die Region Grand Est teilt die in der Resolution formulierten Aussagen zu den Auswirkungen des Klimas auf die Gesundheit. Sie ist stark in Fragen der umweltbezogenen Gesundheit engagiert, welche auch klimatische Herausforderungen umfasst: Gemeinsam mit dem französischen Staat (DREAL/Regionaldirektion für Umwelt, Raumordnung und Wohnen sowie ARS/Regionalagentur für Gesundheit) ist sie Co-Leiterin des Vierten Regionalen Gesundheits-Umwelt-Plans (PRSE4), der darauf abzielt, gesundheitsfördernde Umwelten (Wasser, Luft, Boden, Lärm usw.) zu fördern. Im Rahmen des PRSE4 beabsichtigen die Region und ihre Partner, Maßnahmen auf grenzüberschreitender Ebene zu entwickeln, um diese Fragestellungen transversal und komplementär zu behandeln.

Bezüglich der Empfehlung Nr. 7 zu grünen Infrastrukturen zur Reduzierung von Hitzeinseln ist die Region stark im Bereich der gesundheitsfördernden Stadtplanung (Urbanisme Favorable à la Santé – UFS) engagiert, insbesondere mit Unterstützung der ARS und der Stadtplanungsagenturen des Grand Est.

Die Region wird ihre Maßnahmen auf diesem Gebiet durch das Programm Life Adapt'Est, das kürzlich von der Europäischen Kommission angenommen wurde, weiter verstärken.

Verstärkung der grenzüberschreitenden Bekämpfung invasiver Pflanzen (*Datura stramonium*)

Die Region Grand Est unterstützt die Vorschläge des Oberrheinrats zur Bekämpfung des Stechapfels (*Datura stramonium*). Die Verantwortung für das Management invasiver Pflanzen fällt jedoch in den Aufgabenbereich des französischen Staates, sobald es um gesundheitliche Fragen geht. Diese Problematik ist Teil der Nationalen Strategie zur Bekämpfung invasiver gebietsfremder Arten. Die ARS Grand Est ist in diese Thematik eingebunden.

Diese Strategie ergänzt die europäische Verordnung von 2014, die es den Mitgliedstaaten untersagt, 37 pflanzliche und tierische Arten, die die biologische Vielfalt bedrohen, zu importieren, zu kultivieren, zu vermehren, zu verkaufen oder in die Natur auszubringen. Das Gesetz vom 8. August 2016 über die Wiederherstellung der Biodiversität, der Natur und der Landschaften enthält Bestimmungen zur Umsetzung dieser europäischen Verordnung in Frankreich, einschließlich der Überseegebiete. Eine Durchführungsverordnung ermöglicht es insbesondere den Zoll- und Gesundheitsdiensten an den Grenzen, ein echtes „Schutzschild“ gegen das Eindringen invasiver gebietsfremder Arten zu bilden.

Die Region Grand Est finanziert die Information der Akteure über die Plattform der invasiven gebietsfremden Arten im Grand Est, die vom Naturschutzbund von Lothringen und weiteren Partnern betrieben wird.

Außerdem hat die Arbeitsgruppe „Landwirtschaft“ der Oberrheinkonferenz, in der die Region Grand Est vertreten ist, das Thema Gesundheit in ihr Mandat aufgenommen. Ziel ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit

zu stärken, indem die Kooperationen zwischen den lokalen Akteuren der menschlichen, tierischen und pflanzlichen Gesundheit auf grenzüberschreitender Ebene ausgebaut werden. Dies betrifft insbesondere Tierseuchen und das Management nicht heimischer Arten, mit dem Ziel, den Ansatz „One Health“ umzusetzen.

Darüber hinaus leitet die Region die Expertengruppe „Ökologie“ der Oberrheinkonferenz, die einen Informationsaustausch zu diesen Fragen organisiert hat und an einem Verzeichnis der Ansprechpartner arbeitet. Die regionalen Dienste beobachten die Situation aufmerksam und verfolgen die Auswirkungen auf die Landwirtschaft im Gebiet.

Die Erfolgsgeschichte von Interreg Oberrhein fortsetzen

Am 16. Juli 2025 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union für den Zeitraum 2028–2034.

Für die Interreg-Programme schlägt die Kommission ein Budget von 10 Milliarden Euro vor, was eine leichte Steigerung gegenüber der aktuellen Förderperiode darstellt.

Angesichts der zunehmenden Nationalisierung der Kohäsionspolitik ab 2027 begrüße ich, dass die Kommission die Besonderheiten der Interreg-Programme berücksichtigt und einen „Interreg-Plan“ parallel zu den nationalen und regionalen Partnerschaftsplänen vorsieht, deren Ausarbeitung den Mitgliedstaaten obliegt.

Die Region Grand Est hat sich wiederholt für eine ambitionierte europäische territoriale Zusammenarbeit ausgesprochen, unter anderem gemeinsam mit Baden-Württemberg, den französischen Regionen oder Grand Est-Europe.

Das Programm Interreg Oberrhein bringt einen echten Mehrwert für das gesamte Kooperationsgebiet und seine Akteure. Die fünf Prioritäten des Programms decken das gesamte Ökosystem des Oberrheins ab, entsprechen den Bedürfnissen und politischen Zielen der betroffenen Teilräume und greifen gleichzeitig die großen europäischen Herausforderungen auf.

Am 10. Juli 2025, dem Datum des letzten Begleitausschusses, waren 54 Projekte bewilligt, die Herausforderungen des Gebiets in verschiedenen Themenfeldern wie Innovation, Wirtschaft, Energiewende, Landwirtschaft oder Biodiversität adressieren.

Dieses Jahr feiert das Programm sein 35-jähriges Bestehen einer beispielhaften grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und der Schweiz – dank des ständigen Engagements seiner Partner.

Unterstützung der grenzüberschreitenden Medienpolitik

Die Region Grand Est teilt die in dieser Resolution formulierten Feststellungen und Vorschläge, die sowohl relevant als auch notwendig für Grenzgebiete sind. In einem Raum wie dem Oberrheingebiet, in dem tägliche grenzüberschreitende Kontakte zahlreich sind, ist es essenziell, auf grenzüberschreitende Medien zurückgreifen zu können, die möglichst nah an den gelebten Realitäten beiderseits der Grenze informieren.

Die Region unterstützt die Idee, einen Preis für grenzüberschreitenden Journalismus einzurichten, ähnlich dem Bartholdi-Preis, der die internationale Öffnung der Hochschulbildung fördert, um Initiativen zu würdigen, die zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und einer gemeinsamen Behandlung aktueller Themen beitragen.

Einrichtungen wie das CUEJ (Zentrum für journalistische Ausbildung in Straßburg) mit seinem französisch-deutschen Studiengang, der gemeinsam mit der Universität Freiburg durchgeführt wird, oder das Euro-Institut, das regelmäßig Weiterbildungen zu Kommunikation und Medien im grenzüberschreitenden Kontext anbietet, tragen bereits zu dieser Dynamik von Kooperation und Interkulturalität bei.

Darüber hinaus wäre es sinnvoll, Begegnungsmöglichkeiten zwischen lokalen Medien zu vervielfachen, beispielsweise zwischen France 3 Grand Est und seinen Partnern im Südwestrundfunk (SWR Fernsehen) in Baden-Württemberg, um Komplementaritäten zu identifizieren und gemeinsame journalistische Projekte zu entwickeln.